

»Geholfen hat es nichts«

Abgeordnetenhaus debattierte Krise der Wohnungsbaugesellschaften / Linkspartei mit Selbstkritik

Von Bernd Kammer

»Eine Neuordnung der Wohnungswirtschaft ist zur wirtschaftlichen Gesundung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften dringend erforderlich«, zitierte der CDU-Abgeordnete Alexander Kaczmarek gestern im Abgeordnetenhaus genüsslich aus dem Koalitionsvertrag von SPD und PDS.

Für die Oppositionsparteien ist angesichts der Krise insbesondere der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) klar, dass Rot-Rot diese selbst gestellte Aufgabe nicht erfüllt hat. Aber auch die Linkspartei übte Selbstkritik. »Wir haben die Schwierigkeiten nicht bewältigen können«, sagte ihr wohnungspolitischer Sprecher Michail Nelken. Sein SPD-Kollege **Bernd Schimmler** verwies dagegen darauf, dass die Wohnungsunternehmen im vergangenen Jahr mit über 31 Millionen Euro erstmals ein positives Ergebnis erwirtschaftet hätten. Er sprang damit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) bei, die sich mühte, den Vorwurf der Untätigkeit zu widerlegen.

Die Reorganisation der Unternehmen sieht sie auf gutem Weg. Das Controlling sei verbessert, die Zahl der Geschäftsführer reduziert, die Bankverbindlichkeiten gesenkt worden. Eine neue Transparenz habe Einzug gehalten, die deutlich mache, welche weiteren Sanierungsschritte nötig seien. Als Beispiel nannte sie ausdrücklich die mit 1,14 Milliarden Euro verschuldete WBM. Hier stehe man vor der Frage, wie viele Wohnungen verkauft werden müssen. Die mittlerweile schon diskutierten 15 700 Wohnungen nannte sie eine Obergrenze, »die wir nicht erreichen wollen«. Zunächst müsse die WBM in einem ersten Schritt »höchstens« 2000 Wohnungen veräußern, vom Ergebnis werde man das weitere Vorgehen abhängig machen.

Junge-Reyer bekannte sich dazu, einen hohen Bestand an Wohnungen im öffentlichen Eigentum zu behalten, wenn das zu tragbaren Kosten geschehe. Bei der Frage, wie viele das etwa sein sollten, blieb sie vage. Derzeit seien es noch 275 000, und sie glaube, »mehr als 250 000 könnten bleiben«.

Von der Linkspartei bekam sie dafür keinen Beifall, als Gesamtkonzept für die Sanierung der Wohnungswirtschaft reicht ihr das offenbar nicht aus. Als Ursache für die Misere machte Nelken aber frühere Landesregierungen und die von ihnen veranlassten »Vermögensaktivierungen« u.a. durch In-sich-Geschäfte verantwortlich. 1,6 Milliarden Euro sind dadurch aus den Gesellschaften in den Landeshaushalt gespült worden.

CDU wie Grüne kritisierten, dass die Wohnungsunternehmen pausenlos Wohnungen verkauft haben, »aber geholfen hat es nichts«, so Kaczmarek. Die Wohnungsexpertin der Grünen, Barbara Oesterheld, rechnete vor, dass der Bestand an kommunalen Wohnungen seit 1999 von 400 000 auf 260 000 geschrumpft sei. Da hatte sie offenbar die WBM-Wohnungen schon mitgezählt.

Neues Deutschland vom 17. Februar 2006